Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/2292

Schriftlicher Bericht

des Wirtschaftsausschusses (16. Ausschuß)

über den von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Vorschlag der Kommission der EWG für eine Erste Richtlinie des Rats betreffend die Beteiligung der Unternehmer an der Vergabe und Ausführung von Bauvorhaben für Rechnung des Staates, der Gebietskörperschaften sowie sonstiger juristischer Personen des öffentlichen Rechts

— Drucksache IV/2119 —

A. Bericht des Abgeordneten Müser *)

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Vorschlag der Kommission für eine Erste Richtlinie des Rats betreffend die Beteiligung der Unternehmer an der Vergabe und Ausführung von Bauvorhaben für Rechnung des Staates, der Gebietskörperschaften sowie sonstiger juristischer Personen des öffentlichen Rechts — Drucksache IV/2119 — wird zur Kenntnis genommen.

2. Folgendem Entschließungsantrag wird zugestimmt:

   I. Der Bundestag hält grundsätzlich eine weitgehende Liberalisierung der Bauvergaben der öffentlichen Hand einschließlich der Gebietskörperschaften sowie sonstiger juristischer Personen des öffentlichen Rechts und die Beseitigung aller diskriminierender Bestimmungen auf diesem Gebiet in den Mitgliedsländern der EWG für erforderlich und erhebt gegen den Kommissionsvorschlag in seinen Grundzügen keine Einwendungen. Der Bundestag erwartet von dem noch zu erlassenden deutschen Gesetz zur Verwirklichung dieser Richtlinie einen nützlichen Einfluß auf die Entwicklung des Baumarktes.

   II. Bei den auf dem Gebiet des öffentlichen Auftragswesens vorgesehenen Gemeinschaftsregelungen sollte darauf geachtet werden, daß diese nicht zu einer das öffentliche Auftragswesen erschwerenden Bürokratisierung führen. Im übrigen sollte das Verfahren bei der Aufhebung der Beschränkungen der Liberalisierung bis zum Ende des Jahres so einfach wie möglich gestaltet werden. Unter diesen Gesichtspunkten sollte die Bundesregierung die technischen Einzelheiten der Verordnung vor Beschlußfassung einer genaueren Überprüfung und Verbesserung unterziehen.

*) *folgt als zu Drucksache IV/2292*

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. Die Bundesregierung wird gebeten, bei den weiteren Verhandlungen dafür zu sorgen, daß durch die Richtlinien nicht Bevorrechtigungen in Fortfall kommen, die zugunsten von Unternehmen in den durch die Teilung Deutschlands betroffenen Randgebieten und in Berlin sowie für Personen bestehen, die einzelnen bestimmten sozialen Schichten angehören.

Bonn, den 27. Mai 1964

Der Wirtschaftsausschuß

Dr. Aschoff
Vorsitzender

Müser
Berichterstatter